

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 8. August 1969

Blatt 2176

Beschleunigte Fertigstellung der Burggasse

Bereits im November durchgehend befahrbar

8. August (RK) Der Ausbau der Burggasse mit einem modernen Straßenbelag wird beschleunigt fortgesetzt. Dadurch wird die Gesamtfertigstellung dieses wichtigen Straßenzuges früher als ursprünglich vorgesehen möglich sein. Bereits im November soll die Burggasse zur Gänze für den Verkehr freigegeben werden.

In den nächsten Tagen wird nun auch im Bereich des inneren Neubaugürtels mit den Bauarbeiten begonnen. Dies macht neue Umleitungen erforderlich. Außerdem wird die Gürtelstraße dort auf zwei Fahrstreifen verengt sein. Ab Montag, dem 11. August, ist als neue Umleitungsstrecke vorgesehen: ab Gablenzgasse die Wurzbachgasse - Sorbaitgasse - Kandlgasse - Schottenfeldgasse - Westbahnstraße. In diesem Zusammenhang wird die Einbahn Richtung Kandlgasse auf die Dauer der Umleitung umgedreht.

Bei Fertigstellung der Burggasse im Abschnitt Breite Gasse - Zieglergasse wird der Umleitungsverkehr über Kandlgasse - Zieglergasse zur Burggasse geführt werden. Dies wird voraussichtlich Mitte September der Fall sein.

- - -

Erste Auflage des "Ratgeber für Wiener" bereits vergriffen
=====

8. August (RK) Der vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien herausgebrachte "Ratgeber für Wiener" ist offensichtlich auf dem Weg ein "Bestseller" zu werden. Innerhalb nur einer Woche seit dem Erscheinen des kleinen Nachschlagewerkes ist die erste Auflage von 5.000 Stück bereits vergriffen. Es wurden daher alle Vorbereitungen getroffen, um so rasch wie möglich eine zweite Auflage herauszubringen, die in wenigen Wochen zur Verfügung stehen wird. Die bis heute brieflich eingelangten Wünsche können aber noch alle erfüllt werden.

- - -

Bürgermeister gratuliert österreichischen Kajaksportlern
=====

8. August (RK) Bürgermeister Bruno Marek gratulierte den beiden österreichischen Kajaksportlern Helmut Ramelow und Hanneliese Spitz, die im französischen Bourg St.Maurice Weltmeisterehren bei den Kajakweltmeisterschaften erringen konnten. Marek telegrafierte: "Zu Ihrem glänzenden Erfolg gratuliere ich Ihnen im eigenen Namen sowie im Namen der Wiener Stadtverwaltung herzlichst."

- - -

Geschäftsbericht 1968 der Wiener Hypotheken-Anstalt
=====Fast ausschließlich Finanzierung von Wohnbauten und kommunalen
Einrichtungen

8. August (RK) Aus dem nunmehr vorliegenden Geschäftsbericht und Rechnungsabschluß der Wiener Hypotheken-Anstalt für das Jahr 1968 ist ersichtlich, daß sich diese Anstalt auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr in konsequenter Fortsetzung ihrer bisherigen Geschäftspolitik fast ausschließlich mit der Finanzierung von Wohnbauten und kommunalen Einrichtungen befaßte.

So wurden 1968 Darlehen in Höhe von rund 147 Millionen Schilling neu zur Zuzählung gebracht, denen Darlehenstilgungen in Höhe von rund 28 Millionen Schilling gegenüberstehen. Von den Darlehensneuzuzählungen entfallen auf Wohnbaufinanzierungen rund 60 Millionen Schilling und auf die Finanzierung kommunaler Einrichtungen rund 87 Millionen Schilling. Die Wiener Hypotheken-Anstalt konnte daher den beiden vorgenannten, für die österreichische Wirtschaft so wichtigen Wirtschaftszweigen neuerlich beträchtliche Mittel zur Verfügung stellen.

Gemäß den vorliegenden Bilanzziffern weist die Anstalt per Ende 1968 einen Darlehensstand in Höhe von insgesamt 917 Millionen Schilling aus, hievon dienten rund 379 Millionen Schilling oder 43,3 Prozent dem Wohnbau und rund 497 Millionen Schilling oder 54,2 Prozent der kommunalen Wirtschaft.

Als erwähnenswerte Position der Aktivseite ist neben den Darlehensständen noch auf die mit 316,9 Millionen Schilling ausgewiesenen kurzfristigen Forderungen gegen Kreditinstitute, deren Zunahme gegenüber dem Vorjahr rund elf Millionen Schilling beträgt und auf die eigenen Wertpapiere, die sich von rund 72,6 Millionen Schilling auf 63,9 Millionen Schilling verminderten, hinzuweisen. Die Außenstände bei Schuldnern sind mit 2,9 Millionen Schilling, die Beteiligungen bei anderen Kreditinstituten mit 0,9 Millionen Schilling und die durchlaufenden Kredite aus Treuhandgeschäften mit 21,3 Millionen Schilling ausgewiesen.

./.

Die Aufbringung der für die Darlehensgewährungen des Jahres 1968 erforderlichen Mittel erfolgte wie in den Vorjahren durch den Verkauf eigener Pfandbriefe und Kommunal-schuldverschreibungen. So konnte die Anstalt im abgelaufenen Wirtschaftsjahr per Saldo rund 127 Millionen Schilling ihrer eigenen Titel neu in Umlauf bringen. Der Wertpapierumlauf der Anstalt, welcher Ende 1968 mit rund 883 Millionen Schilling ausgewiesen wird, hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um rund 17 Prozent erhöht.

Diese Erfolge sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Anstalt in Verfolgung ihrer bisherigen Praxis auch im vergangenen Geschäftsjahr alle ihr angebotenen eigenen Wertpapiere im Nominale von rund 60 Millionen Schilling aus Kurspflegegründen zurückgenommen hat. Diese Papiere konnten jedoch zum überwiegenden Teil wieder an neue Kunden verkauft werden.

Neben dem Wertpapierumlauf sind die auf der Passivseite aufscheinenden Verpflichtungen der Anstalt aus Gläubiger-einlagen mit 367,7 Millionen Schilling, die Verpflichtungen aus der Abgrenzung der Zinsen von Anleihen per 13,8 Millionen Schilling und aus Treuhandgeschäften in Höhe von 21,3 Millionen Schilling hervorzuheben. Als eigene Bereitstellungen sind die Rücklagen mit rund 18,1 Millionen Schilling und die Sammelwertberichtigungen mit rund 3,5 Millionen Schilling ausgewiesen.

Die Bilanzsumme selbst hat sich 1968 um rund 122 Millionen Schilling auf nunmehr 1.327 Millionen Schilling erhöht.

Die neuerliche Ausweitung des Geschäftsvolumens findet in der Ertragslage ihren bemerkenswerten Niederschlag. Die Erträge der Wirtschaftsrechnung sind von 55,6 Millionen Schilling im Jahr 1967 auf 65,5 Millionen Schilling im Jahre 1968 gestiegen. Die bedeutendste Ertragsposition bilden die Zinsen und Verwaltungskostenbeiträge aus Hypotheken und langfristigen Ausleihungen, welche mit 59,8 Millionen Schilling ausgewiesen sind. Von den Aufwendungen sind die Zinsen für Anleihen mit 51,7 Millionen Schilling, die Geschäfts- und Verwaltungskostenbeiträge mit 3 Millionen Schilling sowie die Steuern und Abgaben mit 3,2 Millionen Schilling anzuführen. Der in der Bilanz ausgewiesene Reingewinn betrug 4,97 Millionen Schilling; er wurde zur Gänze der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt.

Pensionistenheim Ottakring:Mini-Rekonvaleszenten-Station als Experiment für die Zukunft
=====

8. August (RK) In dem knapp vor der offiziellen Eröffnung stehenden Pensionistenheim Ottakring in der Thaliastraße 153 wird versuchsweise eine Mini-Rekonvaleszenten-Station in Betrieb genommen. Diese Einrichtung geht auf eine Initiative der Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi zurück, die hofft, auf diese Weise älteren Menschen den oft verheerenden Schock einer lang andauernden räumlichen Veränderung aus der gewohnten Umgebung ersparen zu können.

Stadträtin Jacobi steht mit Psychologen und Geriatern auf dem Standpunkt, daß ältere Menschen, die sich schon einmal mit den psychischen Konsequenzen des Herausgerissenwerdens aus einer lieb gewordenen und vertrauten Umgebung auseinandersetzen mußten - nämlich, als sie die Wohnung, in der sie ihre Jugend und ihr reifes Alter gemeinsam mit dem Lebenspartner und den Kindern verbracht haben, mit der neuen Umgebung des Pensionistenheimes vertauschten - nicht noch einmal der Belastung einer Übersiedlung ausgesetzt werden dürften.

Da bisher in den Pensionistenheimen, die bekanntlich gleichfalls eine Gründung der Wohlfahrtsstadträtin sind, keine Möglichkeiten vorhanden waren, lang andauernde Nachbehandlungen nach einer akuten Erkrankung durchführen zu können, wurde im Pensionistenheim Ottakring zum ersten Mal eine solche Möglichkeit geschaffen. Es handelt sich um eine Krankenstation, die 26 Personen Platz bietet, die nach der Ausheilung einer mehr oder minder schweren akuten Krankheit aus der Spitalsbehandlung entlassen sind, aber einer oftmals durch Monate währenden Nachbehandlung und Wiederherstellung bedürfen. So finden sich in dieser Kleinst-Wiederherstellungs-Station, die nur und ausschließlich den Bewohnern des Pensionistenheimes Ottakring zur Verfügung steht, Einrichtungen für physikalische Therapie, Elektrotherapie, Bestrahlungsanlagen und anderes mehr. Ein oder mehrere Ärzte werden die Wiederherstellung der Heimbewohner als Konsiliarii überwachen.

Das Ottakringer Pensionistenheim, das über 195 Wohneinheiten á 35 Quadratmeter für Alleinstehende und 29 Wohneinheiten á 48 Quadratmeter für Ehepaare verfügt, wird zur Zeit bereits besiedelt. Täglich beziehen 15 künftige Bewohner das Haus, in dem sie alle Vorkehrungen und Einrichtungen treffen, die ihnen einen wohlbehüteten, sorgenfreien Lebensabend sichern. In etwa sechs Wochen wird Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi das Pensionistenheim Ottakring offiziell übergeben.

Sollte sich die Einrichtung der Mini-Rekonvaleszenten-Station bewähren, und ein klagloser, zur Wiederherstellung der erkrankten Menschen Behandlungsablauf gewährleistet sein, werden in den künftigen Pensionistenheimen ähnliche Institutionen geschaffen werden. In den Plänen der derzeit im Bau befindlichen Heime sind jedenfalls die räumlichen Voraussetzungen für eine solche Station eingeplant und können nach der vorgesehenen Bewährungsfrist der Station in Ottakring ohne Schwierigkeiten noch in das Bauverfahren miteinbezogen werden.

- - -

Medizinisches Zentrum Wien-Stadlau auch für die Bevölkerung
=====

des Bezirkes Gänserndorf / Briefwechsel Rösch-Slavik
=====

8. August (RK) Die Gemeinde Wien hat sich bekanntlich im vorigen Jahr in Vorberechungen mit Vertretern des Landes Niederösterreich bereit erklärt, bei der Lösung der Frage der spitalsmäßigen Versorgung der Bevölkerung des Bezirkes Gänserndorf mitzuhelfen. Damals wurden hinsichtlich der Grundzüge dieser Hilfe eine weitgehende Annäherung erzielt. Die zuständige Magistratsabteilung hat dann Anfang Dezember 1968 das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung um eine rasche Entscheidung gebeten, da mit den Planungsarbeiten dringend begonnen werden mußte.

Leider ist es bisher zu keiner Entscheidung gekommen. In der Zwischenzeit ist diese Frage auch im Niederösterreichischen Landtag eingehend behandelt worden, mit dem Ergebnis, daß dessen Mehrheit beschlossen hat, mit der ganzen Frage den Raumordnungsbeirat des Landes Niederösterreich zu befassen.

Der niederösterreichische Landesrat Otto Rösch hat nunmehr an den Wiener Finanzreferenten, Vizebürgermeister Felix Slavik, ein Schreiben gerichtet, in dem er die Stadt Wien ersuchte, die Frist bis zu einer endgültigen Entscheidung des Landes Niederösterreich bis zum Ende des Jahres 1969 zu verlängern.

Vizebürgermeister Slavik hat Landesrat Rösch geantwortet, daß die Stadt Wien nach wie vor bereit ist, bei ihrer Spitalplanung in Wien-Stadlau die spitalsmäßige Versorgung der Bevölkerung des Bezirkes Gänserndorf mitzubedenken. Niederösterreich müsse sich aber endlich klar entscheiden, ob und in welcher Form es hiezu einen Beitrag leisten will. Damit diese Frage nun nicht in der Vorwahlzeit entschieden werden muß, erklärt sich die Stadt Wien bereit, noch bis Ende 1969 auf eine Entscheidung Niederösterreichs zu warten. Ein längeres Hinausziehen kann aber für Wien im Interesse seiner eigenen Bevölkerung nicht mehr verantwortet werden.

U-Bahn-Bau und U-Bahn-Abgabe:Stellungnahme der ÖVP-Fraktion im Rathaus zum Slavik-Interview
=====

8. August (RK) Zu dem in der "Rathaus-Korrespondenz" vom 6. August erschienenen Interview des städtischen Finanzreferenten Felix Slavik zu den wichtigsten Fragen, die mit U-Bahn-Bau und U-Bahn-Abgabe zusammenhängen, hat uns heute Stadträtin Dr. Maria Schaumayer namens der ÖVP-Fraktion im Wiener Rathaus folgende Stellungnahme übermittelt:

"Die Behauptung, daß in Wien bereits 46 Kilometer kreuzungsfreie Linien vorhanden seien, stimmt nicht. Selbst wenn man die von der Österreichischen Bundesbahn betriebene Schnellbahn mit zwölf Kilometern in dieser Rechnung gelten läßt, so hat die gemeindeeigene Stadtbahn nur eine Betriebslänge von 26,7 Kilometer und nicht von 29 Kilometern, wie Herr Vizebürgermeister Slavik angibt. Aber auch die Einbeziehung der unterirdischen Streckenabschnitte der Straßenbahn ist eher problematisch, denn das Tunnelstück Matzleinsdorferplatz wurde bekanntlich nicht kreuzungsfrei geplant und gebaut.

Die Rechnung mit den angeblich vorhandenen 46 kreuzungsfreien Kilometern wäre aber überhaupt nur dann zulässig, wenn von sozialistischer Seite nicht immer wieder falsche Angaben über die Bauleistung der künftigen echten U-Bahn zirkuliert würde. Man kann nicht einerseits behaupten, es wären bereits 46 Kilometer Quasi-U-Bahn in Wien vorhanden und andererseits vorspiegeln, die Bauleistung für die künftige echte U-Bahn würde 2,5 Kilometer im Jahr betragen. In dem vom Gemeinderat beschlossenen Grundnetz von 25,4 Kilometern Gesamtlänge sind nämlich rund 15 Kilometer umzustellende Stadtbahnlinie enthalten, und diese ist laut Vizebürgermeister Slavik ja bereits vorhanden und kann daher nicht zweimal gerechnet werden. Richtig und ehrlich gerechnet verbleibt also eine Neubaulleistung von wenig mehr als einem Kilometer jährlich. Dies aber liegt ganz erheblich unter der auch von Herrn Vizebürgermeister Slavik erwähnten internationalen Norm. Zu den Kriterien einer U-Bahn, wie sie in Ost und West verstanden wird, gehört weit mehr als nur Kreuzungsfreiheit. Wäre dem nicht so, könnte es wohl auch jemand einfallen, einen kreuzungsfreien Waldpfad als Autobahn zu bezeichnen.

Zu den Kriterien einer U-Bahn gehört ebenso die kurze und regelmäßige Zufolge, die höhere Reisegeschwindigkeit und ein bequemer, niveaugleicher Einstieg, wie Einheitlichkeit der Signalisierung und Betriebsführung etc. Allen Benützern der städtischen Massenverkehrsmittel in Wien ist es leidvoll bewußt, daß dergleichen in unserer Stadt eben noch nicht existiert.

Es steht jener Wiener SPÖ, welche die von der Wiener ÖVP seit dem Jahre 1948 immer wieder gestellten Anträge zum Bau einer U-Bahn beharrlich ablehnte, schlecht an, nun der ÖVP vorzuwerfen, daß diese gegen die U-Bahn wäre. So ist auch die Äußerung des Herrn Vizebürgermeister Slavik, in Österreich hätte sich der Staat viele Jahre hindurch geweigert, für den U-Bahnbau in Wien einen Beitrag zu leisten, nicht ernst zu nehmen, denn die SPÖ bekennt sich nicht seit vielen Jahren, sondern leider erst seit 1966 überhaupt zum Bau einer U-Bahn.

Wenn Herr Vizebürgermeister Slavik formuliert, die ÖVP habe sich nicht gescheut, ihre zeitweilige Mehrheit im Bundesrat "auszunützen", so stellt er mit dieser Formulierung ein demokratisches Grundprinzip, nämlich das der Mehrheit, in Frage. Dies ist umso erstaunlicher für die Wiener ÖVP, als die SPÖ im Wiener Rathaus niemals zögert, von ihrer Mehrheit Gebrauch zu machen.

Der von Herrn Vizebürgermeister Slavik unternommene Rechtfertigungsversuch für die von der SPÖ allein im Wiener Landtag beschlossene U-Bahn-Abgabe gibt Veranlassung, das Alternativkonzept der Österreichischen Volkspartei in Erinnerung zu rufen. Nach diesem Konzept wäre es möglich, durch Umschichtungen im Wiener Gemeindehaushalt die in den ersten Jahren zusätzlich zum Bundesbeitrag erforderlichen 350 Millionen Schilling freizumachen. Daß diese Umschichtung ohne Beeinträchtigung der Investitionstätigkeit erfolgen kann, wurde von der Österreichischen Volkspartei eingehend dargelegt. Ebenso der Umstand, daß Umschichtungen in der Größenordnung von 350 Millionen Schilling knapp zwei Prozent des gesamten Budgetvolumens der Stadt Wien ausmachen.

./.

Darüber hinaus hat die Österreichische Volkspartei aufgezeigt, daß durch jährliche Anleiheoperationen von knapp 80 Millionen Schilling die Bauzeit für das Grundnetz der Wiener U-Bahn auf acht Jahre verkürzt werden könnte. Wenn Herr Vizebürgermeister Slavik in diesem Zusammenhang von 'Wahnsinnskosten durch Kredite' spricht, muß man ihn fragen, wie bezeichnet er dann erst die Finanzierung eines Defizites der Wiener Stadtwerke durch Anleihen von heuer 600 Millionen Schilling. Zu der zweideutigen Äußerung Vizebürgermeister Slaviks, daß die steuerliche Belastung in keinem Verhältnis zu den Vorteilen stehe, werden die betroffenen Kreise auch selbst noch einiges zu erwidern haben.

Die Österreichische Volkspartei im Wiener Rathaus erwartet, daß eine Diskussion ihrer Alternativen für einen rascheren und ökonomischen Bau der Wiener U-Bahn im zuständigen Finanzausschuß mit Herrn Vizebürgermeister Slavik stattfinden wird. Es geht nämlich nicht um ein Ja oder Nein zum Bau der Wiener U-Bahn - das Ja der Wiener ÖVP ist eine historische Tatsache -, sondern es geht heute darum, den dringend notwendigen U-Bahn-Bau ohne zusätzliche Belastung der Wiener Wirtschaft und ohne Gefährdung der Wiener Arbeitsplätze zu finanzieren. Die Debatte um diese Finanzierung der U-Bahn zeigt einmal mehr, daß die ÖVP im Wiener Rathaus nicht nur Ideen liefert - die im Falle der U-Bahn spät aber doch von der SPÖ aufgegriffen werden -, sondern daß die Wiener ÖVP echte kommunalpolitische Alternativen zu bieten hat. Alternativen, die eine bessere Lösung darstellen als die Arbeitsplatzsteuer des Herrn Vizebürgermeister Slavik."

- - -

In der neuesten Nummer der "STADT WIEN":

Sigmund Freud - bekanntester Österreicher
=====

8. August (RK) Nicht Johann Strauß oder Franz Schubert ist der im Ausland bekannteste Österreicher, sondern Sigmund Freud, der Begründer der Psychoanalyse. Das geht aus einem Artikel über die Errichtung des Freud-Museums in der morgen, Samstag, erscheinenden neuesten Nummer der Kommunal-Illustrierten "STADT WIEN" hervor. Mit den Vorarbeiten zur Errichtung des Freud-Museums in der Berggasse 19 beauftragte der Präsident der Sigmund Freud-Gesellschaft, Professor Dr. Friedrich Hacker (Los Angeles), den bekannten Wiener Architekten Professor Hans Hollein. Professor Hacker hat auch im Auftrag der National Broadcasting Corporation, die derzeit einen Dokumentarfilm über das Leben und Wirken Freuds herstellt, Bürgermeister Bruno Marek interviewt, wobei das Wiener Stadtoberhaupt auf die Beziehungen zwischen Victor Adler und Sigmund Freud hinwies.

Das Blatt berichtet ferner über den Stand verschiedener Bauvorhaben. Mehr als zufriedenstellend sind beispielsweise die Baufortschritte bei der Errichtung des modernsten europäischen Fernwärmewerkes Spittelau: der riesige Rauchfang muß nur mehr 20 Meter wachsen, das 14stöckige Verwaltungshochhaus wird noch heuer bezogen werden. Auf der Baustelle des neuen AKH ist die größte Garage Europas geplant: sie wird 2.350 Personenwagen fassen. Die Budgeterstellung bei der Gemeinde Wien und die Finanzierung des U-Bahnbaues beleuchtet Bürgermeister Bruno Marek, während ein Bildbericht die Erweiterung des Ottakringer Bades anschaulich macht.

Die "STADT WIEN"-Serie bringt die fünfte Fortsetzung der interessanten Rudolf von Alt-Biographie von Fred Hennings: "Fast hundert Jahre Wien". Zahlreiche weitere Artikel über aktuelle Themen, die "Wiener Chronik", Buchbesprechungen, Berichte aus anderen Städten und Arbeitsausschreibungen komplettieren die reich illustrierte Nummer 32 der "STADT WIEN", die in den Zeitungsverkaufsstellen zum Preis von drei Schilling erhältlich ist.

Stadtrat Heller fährt zum Begräbnis von Präsident Walch
=====

8. August (RK) In Vertretung des Bürgermeisters wird Stadtrat Kurt Heller morgen vormittag in Kapfenberg an den Trauerfeierlichkeiten für den kürzlich verstorbenen Präsidenten des Österreichischen Fußballbundes, Ing. Hans Walch, teilnehmen. Stadtrat Heller wird einen Kranz der Stadt Wien niederlegen.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

8. August (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 7 bis 8 S, Gurken 2 bis 3 S, Paradeiser 5 bis 6 S je Kilogramm, Häuptelsalat 1.50 bis 2 S je Stück.

Obst: Marillen 4 S, Pfirsiche 8 bis 10 S, Wassermelonen 5 bis 6 S je Kilogramm.

- - -